

Statement Maik Beermann nach Fraktionssitzung CDU/CSU in der letzten Woche

Beermann stellt sich gegen Kanzlerin!

Der heimische Bundestagsabgeordnete Maik Beermann (CDU) spricht sich weiterhin für eine Entlastung von Betriebsrentnern in der Auszahlungsphase ihrer Altersvorsorge aus.

Hintergrund:

Im Jahr 2003 hat der Deutsche Bundestag aufgrund der desolaten Finanzlage in der Gesetzlichen Krankenversicherung das GKV-Modernisierungsgesetz (GMG) beschlossen. Durch dieses wurde unter anderem festgelegt, dass in der Auszahlungsphase auf Betriebsrenten der doppelte Beitrag für die Kranken- und Pflegeversicherung veranschlagt wird.

Gleichzeitig wurden im GMG auch andere Formen der Altersvorsorge, wie beispielsweise Direktversicherungen, in die Definition von Versorgungsleistungen aufgenommen, auf welche seit dem auch Beiträge gezahlt werden müssen.

Durch diese Regelung sind perspektivisch gesehen bis zu 6 Millionen Personen nachträglich verpflichtet worden, deutlich mehr Abgaben auf Ihre Altersvorsorge zu zahlen.

Aus diesem Grund haben der Abgeordnete Beermann und 42 weitere Bundestagsabgeordnete von CDU und CSU innerhalb des letzten Jahres eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem Thema im politischen Berlin angestrebt und konnten damit erreichen, dass unter anderem der CDU Bundesparteitag sich im Dezember für eine Reduzierung der Beitragsbelastung auf den halben Beitragssatz ausgesprochen hat.

Aktuell hat auch der Bundesminister für Gesundheit, Jens Spahn, einen Vorschlag eingebracht, welcher die Reduzierung der Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung auf den halben Beitragssatz vorsieht. Diese Maßnahme soll mit 500 Millionen Euro jährlich aus den Rücklagen der GKV und mit 2,5 Milliarden Euro aus Steuermitteln finanziert werden.

Kürzlich erteilte die Bundeskanzlerin, Angela Merkel, diesen Plänen eine Absage, da diese nicht im Koalitionsvertrag vereinbart und daher nicht prioritär seien.

"Auf dem CDU Bundesparteitag im Dezember in Hamburg haben sich die Delegierten der Christlich Demokratischen Union klar für die Reduzierung der Beiträge auf den halben Beitragssatz ausgesprochen. Auch die bayrische Landesregierung, die MIT und die Frauenunion in Bayern haben sich klar für eine Entlastung der Betriebsrentner positioniert. Zudem ist auch der Koalitionspartner, SPD, bereit die Situation zumindest für die Zukunft zu heilen und verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Diese klare Positionierung aller an der Regierung beteiligten Parteien kann auch die Bundeskanzlerin nicht ignorieren.", so Beermann.

"Wir dürfen mit einer Lösung dieser Situation nicht warten, bis das Thema der Doppelverbeitragung in künftigen Koalitionsverhandlungen, welche voraussichtlich erst im Jahr 2021 geführt werden, geklärt wird. Bis zu 6 Millionen Bürgerinnen und Bürger haben auf die Aussagen aus der Politik vertraut, auch privat für das Alter vorzusorgen. Dieses Vertrauen haben wir mit der Einführung des GMG 2003 und der Doppelverbeitragung auch bereits abgeschlossener Betriebsrenten und Direktversicherungen, missbraucht.", so der CDU Abgeordnete.

Weiterhin führt der Bundestagsabgeordnete aus: "Ich fordere daher, dass wir uns in Berlin, aus der Fraktion heraus, trotz der Haltung der Bundeskanzlerin auch weiterhin mit einer Lösung der Thematik auseinandersetzen. Ob dabei die von Bundesminister Spahn vorgeschlagene Verteilung von Steuermitteln und Eigenmitteln der GKV angewendet wird, oder ob wir uns für eine andere Relation der Mittel entscheiden, werden wir in den anstehenden Verhandlungen klären müssen."

Beermann versichert, er werde in diesem Thema weiterhin am Ball bleiben und sich gemeinsam mit seinen Kollegen für eine Reduzierung der Beiträge einsetzen.